

Sporočilo

tretji seji deželnega zbora v Ljubljani

dne 21. decembra l. 1871.

Nazoči: Prvosednik: Deželni glavar grof Aleksander Auersperg. — Vladini zastopnik: C. k. deželni predsednik Karol pl. Wurzbach-Tannenberg. — Vsi članovi razun knezoškofa dr. Widmarja.

Dnevni red: 1. Poročilo deželnega odbora o volitvi dveh poslancev za glavno mesto ljubljansko. (Priloga 4.)
2. Poročilo deželnega odbora o volitvah deželnih poslancev. (Priloga 3.)
3. Predlog deželnega odbora o dovoljenji stanovnine za 7 novih žendarmerijskih štacij. (Priloga 6.)
4. Volitev deželnega odbora.
5. Poročilo posebnega odseka o dopisu gospoda c. kr. deželnega predsednika, zarad volitve poslancev v državni zbor. Volitev v državni zbor.

Obseg: Gledí dnevni red.

Seja se začne ob 10. uri 42. minutah.

Bericht

über die

dritte Sitzung des Landtages zu Laibach

am 21. Dezember 1871.

Anwesende: Vorsitzender: Landeshauptmann Graf Alexander Auersperg. — Vertreter der k. k. Regierung: Landespräsident Carl v. Wurzbach-Tannenberg. — Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme von Sr. fürstbischöflichen Gnaden Dr. Widmer.

Tagesordnung: 1. Bericht des Landesauschusses über die Wahl zweier Abgeordneten für die Landeshauptstadt Laibach. (Beilage 4.)
2. Bericht des Landesauschusses über die Wahlen der Landtagsabgeordneten. (Beilage 3.)
3. Antrag des Landesauschusses um Bewilligung der Miethzins für 7 neue Gendarmerieposten. (Beilage 6.)
4. Wahl des Landesauschusses.
5. Bericht des Sonderauschusses über das Schreiben des k. k. Herrn Landespräsidenten, wegen Vornahme der Reichsrathswahlen. Wahl in den Reichsrath.

Inhalt: Siehe die Tagesordnung.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 42 Minuten.

Landeshauptmann

bestätigt die Beschlussfähigkeit des hohen Hauses und eröffnet die Sitzung.

Der Schriftführer verliest das Protokoll der letzten Sitzung in slovenischer und deutscher Sprache, welches genehmigt wird.

Deželni glavar

potrdi, da zbor sklepati more ter pričné sejo.

Zapisnikar bere zapisnik zadnje seje v slovenskem in nemškem jeziku, ki se odobri.

Landeshauptmann:

Es ist mir eine Zuschrift der k. k. Landes-Regierung zugekommen, welche ich die Ehre haben werde vorzulesen.

(Bere — liest.)

Nr. 8663.

Not e!

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 13. Dezember l. J. den von Seite des krainischen Landtages in der 3. Sitzung am 24. August 1870 hinsichtlich der Auflassung der Findelanstalt in Laibach gefassten Beschluss allergnädigst zu genehmigen geruht.

Ich habe die Ehre, den löblichen Landesauschuss von dieser Allerhöchsten Resolution in Folge Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 18. Dezember l. J., Zahl 17791 unter Beziehung auf die dortige geschätzte Zuschrift vom 4. November l. J., Z. 5729 mit dem Beifügen die Mittheilung zu machen, daß die bezügliche Verlautbarung im Wege des Landesgesetzblattes unter Einem eingeleitet wird.

Laibach am 20. Dezember 1871.

Der k. k. Landespräsident:
Carl v. Wurzbach, m. p.

An den löblichen
krainischen Landesauschuss
in Laibach.

Landeshauptmann:

Von dem Ausschusse, welchem die Berichterstattung über die Regierungsvorlage betreffs der Reichsrathswahlen übergeben wurde, ist mir folgende Mittheilung zugekommen:

(Bere — liest:) „Der Ausschuss hat sich konstituiert und hat zum Obmanne den Herrn Dr. Bleiweis und zum Schriftführer den Herrn Dr. Poklukar gewählt.“

Landeshauptmann:

Vom dramatischen Vereine ist folgende Einladung an das hohe Haus eingelangt.

(Bere — liest:)

Veleslavni deželni zbor!

Dramatičnega društva odbor si jemlje čast s tem veleslavne gospode poslance deželnega zbora kranjskega k svojej enajstej letošnji predstavi v deželnem gledališču uljudno vabiti.

V Ljubljani, 21. decembra 1871.

Z visokim spoštovanjem
V imenu odborovem:

Peter Grasselli m. p.
prvosednik.

Josip Nolli m. p.
tajnik.

Landeshauptmann:

Wir kommen nun zur Tagesordnung.

I. Poročilo deželnega odbora o volitvi dveh poslancev za glavno mesto Ljubljansko.

(Priloga 4.)

Bericht des Landesauschusses über die Wahl zweier Abgeordneten für die Landeshauptstadt Laibach.

(Beilage 4.)

Poročevalec dr. Costa:

(bere prilogo 4; — liest Beilage 4.)

Landeshauptmann:

Ich eröffne die Generaldebatte. Wünscht jemand von den Herren das Wort?

Abgeordneter Deskmann:

Ich bitte ums Wort! Ich würde die kostbare Zeit des hohen Landtages mit meinen Bemerkungen nicht in Anspruch nehmen, wenn ich nicht befürchten müßte, daß mein Stillschweigen als Zustimmung gedeutet werde, wie dies bei den Verhandlungen über den letzten Wahlact der Stadt Laibach geschehen ist, wo unser Stillschweigen zum Berichte des Landesauschusses über die Laibacher Landtagswahlen eine derartige Interpretation nachträglich erhalten hat.

Die Stadtgemeinde Laibach ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht der Liebling der Majorität dieses hohen Landtages. (Klici: Ohó! — Rufe: Ohó!) Es ist ihr die Rolle des Aschenbrödel's zugebracht worden (Klici: Ohó! — Rufe: Ohó!). Beweis dessen die Spitalskostenfrage, die schöne Abweisung ihres Ansuchens wegen des Lotterie-Anlehens, welches die steuerzahlenden Bürger von jeder Umlage auf die Steuern befreit hätte; Beweis dessen die Behandlung beim Ansuchen wegen des Verkaufes der Grundstücke auf dem Moraste; Beweis dessen der Landtagsbeschluss über die Aenderung des Stadtstatutes. Nachdem wir aber in der vorletzten Sitzung aus dem Munde des nämlichen Berichterstatters, der jetzt über das Wahloperat das Referat führt, vernommen haben, daß auch der Landesauschuss die Sympathien und Antipathien des hohen Landtages gegen einzelne Persönlichkeiten zum Ausdruck bringen müsse, so ist es kein Wunder, daß man auch bei der Prüfung der Wahlen mit der Stadtgemeinde in gleicher Weise verfährt, wie ich dies aus den näheren Details des vorliegenden Berichtes nachweisen will. Wenn irgend wo, so kann hier der biblische Spruch vom Splitter im Auge des Nachbarn und vom Balken im eigenen Auge seine Anwendung finden. (Klici: Ohó! — Rufe: Ohó!)

Der Landesauschuss prüft mit mikroskopischer Genauigkeit die Wählerlisten der Stadt Laibach, die den Wählerlisten der Landgemeinden und Städte an Korrektheit sicherlich nicht nachstehen dürften. Und doch findet der Landesauschuss eine Menge von Vorwürfen gegen den Stadtmagistrat zu erheben, und zwar auf Grundlage eines nichtsagenden Protestes, dessen Begründung also lautet: so sagt man, so heißt es — sic dicitur, sic fertur. Der Landesauschuss-Bericht führt an: der Verein

Slovenija habe einen Protest gegen die Zusammenstellung der Wählerlisten erhoben.

Ich frage nun: Ist der Verein Slovenija hiezu berechtigt? Ist er in Laibach wahlberechtigt? Nein. Wenn die Wähler von Laibach Protest erhoben hätten, dann wäre nach meiner Anschauung ein Grund vorhanden gewesen, daß der Landesauschuß diesen Protest zum Gegenstande näherer Erörterung gemacht hätte, so ging aber der Protest von einem Vereine aus, der durchaus kein Recht hatte, denselben zu erheben. Der besagte Verein versuchte schon gleich nach der Zusammenstellung der Wählerliste vor den Wahlen mit dem nämlichen Proteste bei der Landesregierung durchzudringen, allein er wurde eben wegen des vagen Inhalts dieses Protestes vom Landespräsidium abgewiesen.

Eine weitere Bemerkung lautet dahin: sploh se sliši mnogo pritožeb zoper volilski imenik, bodi si, da se je pravica kratila takim, ki jo gotovo imajo, bodi si, da se je pravica dala takim, kterim gotovo ne gré. „Im Allgemeinen hört man viele Klagen gegen die Zusammenstellung der Wählerliste, sei es, daß man Einzelne um ihr Recht verkürzt hat, die es gewiß hatten, sei es, daß man es solchen gab, denen es gewiß nicht gebührt“. Auch dies ist nur eine mit keinem einzigen Factum belegte Angabe. In einer slovenischen Zeitung las ich, daß 60 Wähler um ihr Wahlrecht verkürzt worden sein sollen. Es ist doch merkwürdig, daß sich kein Einziger derselben beim Stadtmagistrate gemeldet hat. Es fanden Reclamationen bis in die Nacht vor dem Wahltag statt, sämtliche wurden geprüft und dem Landespräsidium zur Entscheidung vorgelegt. Wo waren demnach jene angeblichen 60 Männer, in deren Namen nachträglich der Protest erhoben wird? Ein weiterer Einwurf, welcher der Wahlkommission gemacht wird, ist der, daß keine Zustellungsbögen über die den Wählern zugestellten Legitimations-Karten den Wahlacten beigelegt wurden. Die Wahlkommission hat sich genau an die Vorschrift der Landtags-Wahlordnung gehalten, wornach dem Protokolle außer dem Abstimmungsverzeichnisse nur die Stimmzählungsliste beizulegen ist. Um mich selbst zu überzeugen, ob in Laibach je ein anderer Usus bestand, habe ich die frühern Wahloperate angesehen, und da finde ich, daß der Herr Referent, welcher diesen Einwurf jetzt gegen die Wahlacte erhebt, in zwei Wahl-Protokollen als Kommissionsmitglied mit unterfertigt ist, und daß jenen beiden Protokollen ebenfalls keine Ausweise über die zugestellten Legitimations-Karten beigelegt waren. Ich glaube, wenn das schon damals Uebung und Gepflogenheit war, so sollte dies auch jetzt gelten, und ich sehe nicht ein, warum derzeit davon abgegangen werden sollte. Eine noch sonderbarere Zumuthung, die im Berichte an den Stadtmagistrat gestellt wird, ist die, daß die Steuervorschreibungen dem Wahlacte nicht beiliegen, es heißt nämlich in dem Berichte: „Es ist unumgänglich nothwendig, daß auf Grundlage der Steuervorschreibungen, welche ebenfalls den Wählerlisten nicht beigegeben sind, das Namensverzeichnis der Wähler genau und gewissenhaft geprüft werde“. Nun aber hat der Stadtmagistrat die Wählerliste auf Grundlage der Steuerausweise verfaßt. Die von ihm zusammengestellte Wählerliste wurde dem Landespräsidium zur Bestätigung zugesendet, welches dieselben rectificirt hat. Nie ist noch der Fall vorgekommen, daß der Landesauschuß eine solche Ueberprüfung der Wählerliste auf Grundlage der Steuerausweise vorgenommen hätte. Das Gesetz bezeichnet genau die Competenz der einzelnen Behörden. Die Competenz des

Landesauschusses könnte nur dann eintreten, wenn bestimmte Fälle namhaft gemacht würden, wenn Proteste vorlägen, daß einzelne Wähler mit der vorgeschriebenen Steuerzahlung nicht in die Wählerliste aufgenommen wurden.

Ich will nicht leugnen, daß in der Wählerliste Namen von Wählern eingetragen sind, die bereits gestorben sind, ich will nicht in Abrede stellen, daß in der Wählerliste einzelne Beamte vorkommen, die seit der letzten Gemeinderathswahl anders wohin übersezt worden sind, allein, meine Herren, dieselben sind beim Steueramte noch immer in Vorschreibung, und wenn Sie diese Wahl deshalb anfechten, so müssen Sie den Beweis liefern, daß ein solcher Verstorbener oder anderswohin Versetzter bei den Landtagswahlen seine Stimme abgegeben hat. (Veselost. — Heiterkeit.) Endlich wird dem Stadtmagistrate der Vorwurf gemacht, daß in die Wählerlisten so viele Pensionisten eingetragen erscheinen. Auch bei der Zusammenstellung der wahlberechtigten pensionirten Offiziere ist der Stadtmagistrat mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen. Hier sind nämlich zwei Kategorien zu unterscheiden: Offiziere, die zur militia stabilis gehören, und nach Laibach zuständig sind, und solche, welche keine Angehörige der Stadt Laibach jedoch wahlberechtigt sind, weil sie die für die Landtagswahlen erforderliche Steuer zahlen. Nach der Novelle vom Jahre 1868, womit das Gemeindestatut der Stadt Laibach abgeändert wurde, sind auch Offiziere in Pension, welche in Laibach wohnen, wahlberechtigt im Falle, als sie die vorgeschriebene Steuer entrichten, und es hat sich diesfalls der Stadtmagistrat an das hiesige Militär-Commando gewendet um den Ausweis jener Offiziere, welche die entsprechende Steuer zahlen. Auf Grundlage dieser Ausweise ist auch die Eintragung der pensionirten Offiziere, welche hier nicht heimatberechtigt sind, in der Wählerliste erfolgt, und es ist Niemand eingetragen worden, der nicht die entsprechende Steuer zahlt, vielmehr wurden solche Offiziere, die nicht Angehörige der Stadt Laibach sind und die vorgeschriebene Steuer nicht zahlen, aus der Wählerliste gestrichen. Man sagt zwar, ihre Steuer müsse in Laibach vorgeschrieben sein. Auch diesen Punkt will ich näher beleuchten.

Zur Zeit als in Laibach eine Kriegskassa bestand, ich glaube es muß dies in den fünfziger Jahren gewesen sein, haben die pensionirten Offiziere aus der hiesigen Kriegskassa ihre Pension bezogen und zugleich ist ihnen die Einkommensteuer hier in Abzug gebracht worden, letztere stand also hier in spezieller Vorschreibung. Seitdem aber die Kriegskassa in Laibach aufgehoben wurde, wird den Offizieren ihre Pension monatlich von der Landeshauptkassa in Graz bei der hiesigen Landeshauptkassa zur Auszahlung an das Stations-Commando angewiesen. Es wäre denn doch sonderbar, daß ein Offizier wegen Aenderung des Ortes, wo sich die Kriegskassa befindet, seines Wahlrechtes verlustig werden sollte. Die k. k. Offiziere in Pension sind bei der Stadtgemeinde in Vormerkung. Wenn eine Gemeinde-Umlage stattfinden sollte, welche auch die Einkommensteuer betrifft, so wird auch der kais. Offizier in Pension von dieser Umlage so gut getroffen werden, wie ein jeder anderer der Stadtgemeinde zugehörige Steuerzahlende Bürger. Ich verweise auf das Beispiel von Graz, wo die Offiziere eben so die Gemeindefumlagen nach ihrer Einkommensteuer zahlen müssen, wie die übrigen Bürger. Ich habe, meine Herren, auch diesfalls die frühern Landtags-Wählerlisten durchgesehen, um mir die Ueberzeugung zu verschaffen, wie

denn früher damit verfahren wurde, und ich habe gefunden, daß in jener Periode, wo unter den Wahlprotokollen der jetzige Referent des Landesauschusses berichtet unterschrieben steht, auch die kais. pensionirten Offiziere, deren Wahlrecht heute bestritten wird, dort unter den Wahlberechtigten angeführt sind. Zwar erhebt die slavische Presse ihre Sammerufe darüber, aber ich frage, meine Herren, warum hat die nationale Majorität, als sie im Laibacher Gemeinderathe saß, das städtische Statut in dieser Beziehung nicht abgeändert, warum hat sie damals das Wahlrecht der pensionirten Offiziere nicht in Frage gestellt? Weil sie wußte, daß solches Unrecht an Männern, die dem Staate ehrenvoll gedient haben, nicht begangen werden dürfe. Und jetzt, meine Herren, wird dem Magistrat ein solches Unrecht zugemüthet, er soll sie als Varias (Klici: Ohó! — Rufe: Ohó!) erklären, während vielleicht ein Kastanienbrater, der seine Steuer noch gar nicht gezahlt hat, als wahlberechtigt erscheint, soll dem pensionirten Offiziere, der mit Ehren gedient hat, das Wahllokale verschlossen sein! Und, meine Herren, wenn Sie gegen das Wahlrecht der pensionirten Offiziere jetzt protestiren, warum haben Sie selbst dieses vermeintliche Unrecht, das den Bürgern Laibachs zugefügt wird, nicht gut zu machen getrachtet, als Sie dazu die Gelegenheit hatten. Warum haben Sie das Gemeinde-Statut der Stadt Laibach diesfalls nicht geändert? warum haben Sie nicht in der Gemeindevahlordnung den Paragraph, der den Offizieren des Ruhestandes das Wahlrecht erteilt, gestrichen? Ich konstatire, daß die Gemeindevahlordnung, welche vom Landtage in der letzten Session angenommen wurde, in §. 1, Absatz c Folgendes enthält: „Wahlberechtigt sind unter den Gemeindegliedern ohne Rücksicht auf eine Steuerzahlung: c) Offiziere des Ruhestandes und außer Dienst, dann der Reserve und der Landwehr, mit Einschluß der Offiziere des Auditorates, des militärärztlichen und des Rechnungsführer-Offizierscorps“. Sonach sollen pensionirte Offiziere künftighin wahlberechtigt sein, ohne Rücksicht darauf, ob sie Angehörige der Stadt Laibach sind, ob sie von ihren Pensionsbezügen eine Steuer zahlen oder nicht. Sie sehen also, meine Herren, in welcher Weise von Widersprüchen Sie eben der Herr Referent mit seinem Berichte zu leiten bestrebt ist. (Večina: Ohó! — Majorität: Ohó!) In der letzten Session hat er im Landtage einen Gesetzentwurf eingebracht, wornach den pensionirten Offizieren in Laibach noch ein größeres Wahlrecht einzuräumen wäre, als sie es bis jetzt hatten. Denn es sollen nicht bloß nach Laibach zuständige Offiziere in Pension, nicht bloß solche, welche mindestens 10 fl. Steuern entrichten, sondern auch solche, die gar keine Steuern entrichten nach dem gefaßten Landtags-Beschlusse künftighin wahlberechtigt sein. Ich habe, meine Herren, dieses anzuführen mir erlaubt, um den Beweis zu liefern, mit welcher Leichtfertigkeit der Landesauschuss die Laibacher Wahl ansieht, indem er vagen Gerüchten, deren Ursprung und Werth jeder Einsichtsvolle zu würdigen weiß, ein Gewicht beilegt, wie er entgegen dem klaren Wortlaute der Landtagswahlordnung vom Stadtmagistrate die Rechtfertigung von Amtshandlungen verlangt, für die letzterer, wenn er nicht seine Autonomie aufgeben will, niemand anderen als nur dem Landespräsidentium Rede und Antwort zu stehen verpflichtet ist. Endlich, meine Herren, glaubte ich diese Bemerkungen machen zu müssen, damit man den Werth des Auspruches, den man so oft hier zu hören bekommt, zu würdigen

weiß: „Wir wollen die Autonomie im vollsten Maße, wir wollen autonome Gemeinden“. Hier aber wird der Beweis geliefert, wie man die Autonomie der Landeshauptstadt mit Füßen treten will.

Landeshauptmann:

Wünscht noch jemand von den Herren das Wort? — Wenn nicht, so hat der Berichterstatter das letzte Wort.

Poročevalec dr. Costa:

Kratek bil bi moj odgovor. Rekel bi lahko, čas je kratek in deželnemu odboru je bilo nemogoče, tako obširen akt natanjko preiskati, tedaj je bilo sklenjeno, naj odloži to reč do prihodnje sesije. S tem bi bilo popolnoma opravičeno postopanje deželnega odbora.

Mi smo ta akt dobili v petek zvečer in nemogoče je bilo, to pregledati, ker ima deželni odbor v petkih zmeraj seje, in za to se stavi ta predlog. Če bi bil deželni odbor samo te vrstice pisal, še zmirom ne bi imel kdo pravice reči, da deželni odbor nepravilno in lehkomišljeno ravná. Gosp. Dežman je jako obširno govoril ali jaz hočem vsemu svetu dokazati, kako neopravičene so vse točke njegovega govora. (Klici med poslušalci: Dobro! — Rufe unter den Zuhörern: Bravo!)

Gospod Dežman je rekel, da mesto ljubljansko ni ljubljenc deželnega zbora in da to dokaže, se sklicuje na sledeče primerljeje: 1. Da se mestu ni dovolila izjema, katero je prosil mestni odbor zaradi bolnišnice. To je vže nekaj let, da je predlog deželnega odbora padel, in da se mestu ni zgodilo to, kar gospod Dežman želi, temu so krivi njegovi prijatli, ki so zoper njegov predlog glasovali. Glasovanje bilo je osobno in jaz iz stenografičnih zapisnikov lahko dokazem, da so gospodje grof Anton Auersperg, Kromer in baron Apfaltrern glasovali zoper predlog. Ti 3 glasovi bili bi zadostili, da bi bilo obveljalo, kar gospod Dežman želi, tedaj prašamo, kako je mogoče nam očitati, da mi nismo izjeme dovolili. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!) Drugo je bilo, da nismo privolili posojila enega milijona goldinarjev. To posojilo je jako dvomljivo, in vprašanje je, če bi bilo to mestu tudi koristno ali ne. Ali bi bili meščani veseli, ali bi bili grajali to početje, to je vprašanje.

Jaz mislim, če bi bili meščani glasovali o tem, ali naj se prevzame to posojilo, ali ne, bila bi večina gotovo zoper to posojilo, ker bi se, ako tudi ne kmalo, vendar enkrat plačati moralo. Tedaj tudi v tej zadevi nismo mestu nobene krivice storili. Predlog ta bil je jako lahkomišljeno izdelan in na nobeno stran utrjen, zato smo rekli, da za zdaj to posojilo dovoliti ne moremo. Gospod Dežman nam je tudi očital mestni statut, ki je bil v zadnjem saboru sprejet. O tem bi jaz lahko jako obširno govoril, ali navesti hočem le eno točko. Mestni odbor je volilno pravico tako pustil, kakor je bila do zdaj, deželni zbor pa je poleg tega volilno pravico dal vsem, ki plačujejo 2 ali 3 goldinarje davka. — Kdo je bil tedaj bolj liberalen, bolj pravičen, sedanji mestni odbor, ali zbor kranjski? Gledé na vse to, se ne more reči, da ljubljansko mesto ni ljubljenc deželnega zbora, ono je deželnemu zboru pri sreč, in ravno zaradi tega, ker je deželnemu zboru pri sreč, hoče natanjko pregledati zadnjo volitev.

Jaz mislim, da je veliko število meščanov, ki imajo tako pravico, ki pa niso volili in ki gotovo zahtevajo, da naj mi natanjko pregledamo volitev, da vidimo, ali se ravná v ljubljanskem mestu tako, kakor zahteva pravica. — Gospod predgovornik je rekel, da protest društva „Slovenija“ nima nobene veljave, ker pride od društva, ki nima pravice voliti. Na to opomnim gospoda predgovornika, da je lansko leto, ko je bil on predsednik konstitucionalnega društva, to društvo oznanilo oklic, v katerem se je reklo: „Vsak, kdor misli, da se mu krati volilna pravica, naj se obrne do konstitucionalnega društva, ono mu bo preskrbelo volilno pravico“. To je bilo lansko leto. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!) Ravno tako pravico ima tudi društvo „Slovenija“. Gospod Dežman je rekel, da je „Slovenija“ na svoje pritožbe dobila od vlade rešitev, da se protesti ne uslišijo, pa to ni res. Jaz imam v rokah odlok deželnega predsedništva na ljubljanski magistrat od 12. t. m., v katerem je rečeno, da je vlada zadostila protestu „Slovenije“ v nekaterih točkah.

Dosti je bilo tacih volilcev, ki so dobili vsled reklamacije društva „Slovenije“ volilno pravico, in zopet drugi so se izbrisali iz volilskih imenikov. Važna točka je ta, da v sporočilu rečemo, da ni razvidno iz volilnih pisem, ali je politična oblast vsem volilcem izkaznice poslala. Treba je tedaj, da se vsi izročilni listi, ki dokazujejo, da je vsak volilec izkaznico v roko dobil, volilnim pismom priložé, a nobeden pa ne trdi, da je to postavno potrebno, da se ti listi predložijo. Deželni odbor pa imá pravico zahtevati, naj se tudi to predloži deželnemu predsedništvu in potem deželnemu odboru, kar pa se v Ljubljani ni zgodilo.

Če se vže gospod Dežman tako sklicuje na to, da ni po §. 51 nič drugega potrebno, nego zapisniki, glasovniki in listi, zakaj pa je volilna komisija dodala vse izkaznice? Tudi to ni potrebno. (Dežman: Kakor druge leta!) Tedaj iz tega izvira, da §. 51 reče, kar mora biti, a nikakor ne zabrani, da bi se izročile reči, ki so potrebne, da se predložé deželnemu odboru. Da se to v resnici pri vseh volitvah na Kranjskem godi, temu dokaz je to, da predložé glavarstva izročilne liste, iz katerih se razvidi, da so se v resnici izročile izkaznice vsacemu volilcu. Pred par dnevi je prišla od predsedništva izročilna pöla (Zustellungsbogen) volitve v Planini. Intako je pri vseh volitvah, le pri ljubljanski ne; in ko je deželni odbor prosil, naj mu magistrat to izroči, je rekel magistrat, da deželni odbor nima pravice liste zahtevati. Mislim, da se iz tega lahko razvidi, da ni vse tako v lepem redu, kakor se misli, ako se magistrat brani predložiti izročilne pöle, da bi se razvidelo, ali se je vse v redu vršilo ali ne.

Meni se zdi, da ima ta sum opravičeno podlago, to se razvidi iz tega, ker ima društvo „Slovenija“ do danes vže 20 volilcev v Ljubljani, katerim se niso bile izročile izkaznice. Če pa gospod Dežman reče, da jaz, ko sem bil župan, tudi nisem predložil teh izročilnih listov, mu jaz odgovorim, da, ko sem bil jaz župan, ni bilo nobene pritožbe, da ne bi bil kdo dobil izkaznice, ako bi bil pa kdo zahteval izročilne liste, bi se jaz ne bil branil jih izročiti. (Klici: Dobro! resnica! — Rufe: Bravo! wahr ist es!) Gospod predgovornik je sam rekel, da je res, da so nekatere osebe, ki so vže mrtve in druge, ki niso več v Ljubljani, zapisane v volilnem zapisniku, ter zraven šaljivo

vpraša, ali so morda mrtvi volili? Ali, gospöda moja, vprašanje stoji tako: ali ni na mestu, kjer bi bil mrtvi ali drugi ne v Ljubljani stanujoči volil, kdo drugi mesto njega volil? Jaz ne rečem, da se je to zgodilo, pa mogoče je. Kako se je moglo tedaj zgoditi, da so se izročile te legitimacije? zakaj ni gospod župan pred začetkom volitve rekel: „ti so mrtvi, ali ti niso več v Ljubljani, tem se niso mogle izročiti legitimacije. Jaz stavim predlog, naj se vsi ti, kakor veli §. 40, izbrisejo iz volilnega imenika“. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!) Važna točka je ta, zarad častnikov v pokoji.

Vielleicht findet sich im Landtagssaale irgend einer dieser Herren, der als nicht nach Krain zuständiger, der slovenischen Sprache nicht mächtig ist. Ich bin daher so frei, mich der deutschen Sprache zu bedienen, damit auch diejenigen verstehen, die die slovenische Sprache nicht sprechen. Wir sind in diesem Punkte verdächtigt worden und man hat uns in die Schuhe schieben wollen, als ob wir gegen das Wahlrecht der Offiziere protestirten, und zwar nur deshalb, weil sie Offiziere sind. Dagegen muß ich entschieden Verwahrung einlegen. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!) Würde man an uns die Frage stellen, welche Ehre und Auszeichnung wir den Offizieren zu gönnen Willens sind, so erklären wir uns gewiß vor allen bereit, ihnen die vollste Anerkennung zu zollen, denn die öfterreichische Armee ist der einzige Punkt, wo noch die Einheit des Reiches besteht, für die wir stets einstehe. Wir sind bereit anzuerkennen, daß vor demjenigen, der auf dem Schlachtfelde sein Blut opfert, ein jeder Staatsbürger seinen Hut abziehe. Aber hier handelt es sich nicht darum Gnaden oder Ehren zu bezeigen, sondern hier handelt es sich um politische Rechte und wie sie ausgeübt werden, und da gift bloß das nackte Gesetz. Es handelt sich nicht darum irgend einen seiner Rechte zu berauben, sondern es fragt sich, ob er dieselben besitzt. Der Vorredner hat sich selbst geschlagen, weil er gegen uns diese Verdächtigung ausgesprochen hat, daß wir den Offizieren ihre Rechte schmälern wollen, denn nach dem letzten Landtagsbeschlusse wollen wir ihnen noch ausgedehntere Rechte einräumen, als sie bis jetzt gehabt haben; also der beste Beweis, daß wir nicht nehmen, sondern zugeben wollen. Diese Frage ist aber eine sehr wichtige, ob es wirklich genug ist, daß ein Offizier, der in Laibach lebt und in Laibach seine Pension genießt, auch in Laibach die Steuern zahlt. Diese Frage, meine Herren, ist eine reine Rechtsfrage, die im nächsten Landtage zur Entscheidung kommen wird, denn heute sind wir zu einem Präjudiz durchaus nicht berechtigt.

Jaz mislim, da sem dovelj dokazal, da ne stojimo v nobenem protislovju, da to, kar danes trdimo, bode mo tudi jutri trdili, in sicer z dobrim prevdarkom. Jaz sem trdnega mnenja, da bodo vsi priznali, da je pri volitvi, ktere se je vdeležilo 707 volilcev in kjer druga stranka nima skoraj več nego 40 glasov večine, da je pri tako nezdatni manjšini tem bolj potrebno, da se vsa volitev natanjko pregleda, da se vidi, če se je vse v redu godilo, ker je, kakor je znano, v mestnem odboru le ena stranka, druga pa nima vpljiva.

Abgeordneter Kromer:

Ich bitte um das Wort gegen eine persönliche Bemerkung. Herr Dr. Costa hat in dem eben gehaltenen Vortrage angeregt, daß auch ich in der Spitalskostenfrage gegen die Commune Laibach war. — In dem Punkte hat er Recht, und es ist wirklich wahr, ich habe

in allen bisherigen Sesssionen aus voller Ueberzeugung, und mit steter Consequenz gegen die Commune gestimmt. Ich bin den Weg des Herrn Dr. Costa nicht gegangen, der, solange er Bürgermeister von Laibach war, in wiederholten Landtagsessionen mit voller Kraft dafür einstand, daß in der Spitalskostenfrage die Laibacher Commune im vollen Rechte, und daß deren Concurrenz dem Lande gegenüber eine überspannte sei; — der jedoch später, als er nicht mehr Bürgermeister war, als er Landesauschuß geworden ist, in eben dieser Frage beim Reichsgerichte die Vertretung des Landes gegen die Commune übernahm, und dort behauptete, nicht das Land Krain, sondern die Commune Laibach sei hier im Unrecht, — und für diese Vertretung, mit einer bedeutenden Summe, wie ich hörte, mit 700 fl. aus dem Landesfädel sich bezahlen ließ. Hätte er dem Lande die Sachlage früher mitgetheilt, so hätte letzteres einem Vertreter, der früher öffentlich im Landtagsaale das gegenheilige Recht der Commune vertheidigte, aus dem Landesfädel sicherlich keinen Kreuzer bewilligt. Denn so viel Rechtsinn hat auch der gemeine Mann, um sich bewußt zu sein, daß ein Rechtsgelehrter die Rechte beider Theile nicht vertreten kann.

Abgeordneter Deschmann:

Ich habe eine meine Person betreffende Bemerkung des Herrn Dr. Costa zu berichtigen. Dr. Costa sagt nämlich, daß ein Aufruf des konstitutionellen Vereines, worin die Bürger der Stadt Laibach aufgefordert wurden, allfällige Reclamationen, wenn sie dieselben nicht selbst einbringen wollen, dem konstitutionellen Vereine zur weiteren Durchführung anzuzeigen, meine Unterschrift trug. Nun habe ich in meiner Rede nicht im Geringsten das Recht eines politischen Vereines, Reclamationen vor der Wahl vorzubringen, bestritten, allein das Recht Proteste nach geschehener Wahl zu erheben, das habe ich ihm bestritten. Unter einen derartigen Aufruf aber, in welchem die Bürgerschaft nach geschehener Wahl zur Erhebung eines Protestes durch den Verein aufgefordert worden wäre, habe ich nie meinen Namen gesetzt, weil ich den Bürgern, die wahlberechtigt sind, sicherlich so viel politisches Verständniß zumuthete, daß sie selbst den Protest erheben würden. (Manjščina: Dobro! — Minorität: Bravo!)

Weiters suchte Dr. Costa auf meine Bemerkung, daß der Verein „Slovenija“ von dem Landespräsidium abschlägig beschieden wurde, mich zu verdächtigen, als ob ich Unwahres gesagt hätte. Ich wiederhole, daß der Verein „Slovenija“ ursprünglich eine ganz allgemein gehaltene Reclamation an das Landespräsidium gerichtet hat, die mit dem später beim Landesauschusse eingebrachten Proteste dem Wortlaute nach ganz identisch zu sein scheint, und daß die betreffende Erledigung mit meiner Unterschrift versehen, im Wege des Magistrates dem Vereine zugestellt wurde. Eine später nachfolgende Erledigung auf bestimmte Personen lautender Reclamationen ist von mir nicht bestritten worden, und nie habe ich gesagt, daß dem Verein diesfalls nicht Recht geworden ist. Eine weitere Verdächtigung ist die, daß Dr. Costa meint, daß jene Zweifel, welche unter der Bevölkerung herrschen, vollkommen berechtigt sind. Herr Dr. Costa verdächtigt den Stadtmagistrat, als ob Legitimations-Karten, welche für Todte oder Abwesende ausgestellt waren, in unrechte Hände gekommen wären. Sie sind jedoch alle an den Magistrat zurückgekommen und es ist kein Mißbrauch

von diesen gemacht worden; sie befinden sich in den Acten beim Magistrate. Wohl aber war Dr. Costa selbst Zeuge, wie gewissenlose Wähler, die gar nicht wahlberechtigt waren, die Wahlcommission irreführen wollten, und vor dieselbe hintraten um auf fremde Namen zu wählen, sie wurden von Männern, von denen man es nicht vermuthen sollte, dazu verleitet. Dr. Costa macht mir den Vorwurf, daß ich vor dem Beginne der Wahl nicht erklärt habe, diese und diese Todten oder anderwärts Ueberfiedelten hätten kein Wahlrecht, sie sind aus der Wählerliste zu streichen; ich muß dagegen bemerken, daß ich mich als Vorsitzender strenge an die betreffenden Bestimmungen gehalten habe, und ich bin überzeugt, daß, wenn ich das gethan hätte, was mir nun Dr. Costa anrät, so wäre der Verein „Slovenija“ der erste gewesen, der gegen solchen Vorgang Protest erhoben hätte. (Heiterkeit. — Veselost.)

Poročevalec dr. Costa:

Jaz se moram čuditi, da homo običaj dobili, da po poročevalcu bo še cela debata. (Dežman: Ich bitte, persönliche Bemerkungen kann jeder vorbringen!) Gospod Kromer je rekel, da je res, kar sem govoril, da je on zoper glasoval, ali on tega ni storil, kar sem jaz storil. Jaz sem do danes tega prepričanja, in ko sem svoj govor na Dunaju pred državno sodnijo pričel, sem rekel, da se ljubljanskemu mestu krivica godi, a jaz sem tega prepričanja, da ta krivica se ne da odstraniti po sodniški, temveč edino le po postavni poti; in te moje besede so obveljale pri državni sodniji. Tudi državna sodnija je rekla, da se ljubljanskemu mestu baje krivica godi, pa sodnije nimajo moč to prenarediti. Jaz sem v zadnji sesiji pokazal, da smo mi od deželnega odbora ljubljanskemu magistratu predložili načrt, po katerem bi bila o tej stvari pogodba mogoča, pa mestni odbor ga je zavrgel. In zdaj imamo zopet tožbo pri državni sodniji in zopet bom moral zagovarjati in trditi to, kar sem vže trdil, namreč, da sodnije nimajo pravice o tem govoriti. Kar pa zadeva moj račun, ki sem ga položil, je imel gospod Kromer pravico ga pregledati ter je lahko spoznal, da ni bil tako velikanski. Jaz mislim, da bo vsak izvedenec lahko priznal, da je bil ta račun v taki primeri z delom, kakor so sploh vsi enaki računi. Reči moram, da zelo obžalujem, da me je s tako osebnostjo napadel.

(Dr. Bleiweis: Saj nimajo družega, kot osebnosti!) — (Hrup. — Lärm.)

V drugem svojem govoru trdi gospod Dežman, da nekteri niso bili volilci, pa so hoteli voliti. Mogoče, da se je to zgodilo, ali glasovali niso. Vsakdo, ki je naprej stopil, bil je vprašan, ali je on tisti, ki je bil poklican. Ali ktere hoče voliti, ali gospoda Kalteneggerja in Suppana, ali gosp. Vilharja in Krišperja, to ni noben teh rekel, in torej se ne ve, kateri stranki bi se imelo to očitati.

Landeshauptmann:

Ich bringe den Antrag des Landesauschusses zur Abstimmung, und bitte jene Herren, die einverstanden sind, sich zu erheben.

(Večina vstane. — Die Majorität erhebt sich. — Predlog obveljā. — Der Antrag wird angenommen.)

II. Poročilo deželnega odbora o volitvah deželnih poslancev.

(Priloga 3.)

Bericht des Landesausschusses über die Wahlen der Landtagsabgeordneten.

(Beilage 3.)

Poročevalec dr. Costa bere prilogo 3.

Berichterstatter Dr. Costa liest die Beilage 3.

Naslednji gospodje so kot poslanci brez ugovora sprejeti:

Nachbenannte Herren sind als Abgeordnete ohne Einsprache bestätigt:

Dr. Bleiweis, dr. Poklukar, dekan Toman, korar Kramar, dr. Razlag, župnik Pintar, dekan Grabrijan, Zagorec, dr. Zarnik, grof Barbo, župnik Tavčar, Kramarič, Jugovic, Karol Rudež, Janez Murnik, Kromer, V. C. Supan, Horak, baron Apfaltrern, Karol Deschmann, grof Thurn, grof Auersperg, grof Blagaj, pl. Langer, grof Margheri, baron Rastern, France Rudesch, dr. Savinscheg.

Gledé volitive gospoda Korena in dr. Coste poprime besedo

Abgeordneter Deschmann:

In frühern Sessionen war es Sitte, wenn der Landesausschuß die Wahlprüfung vorgenommen hat, daß ein Landesausschußbeisitzer die Wahlen einer Curie, ein anderer wieder einer andern übernahm, so daß das Ganze erst später vom Landesausschusse im Landtage zur Vorlage gebracht wurde, und als ein Operat des Landesausschusses galt. Erst in jüngster Zeit ist es Sitte geworden, daß ein einziger Landesausschußbeisitzer sämtliche Wahllacte übernimmt, die Wahlen prüft, und daß vom Landesausschusse als solchem in eine Prüfung nicht eingegangen wird, wenn nicht etwa gegen einzelne Wahlen Bedenken erhoben werden. Auch werden von einem und demselben Berichterstatter im Landtage sämtliche Wahlreferate vorgetragen. Etwas unerhörtes in parlamentarischen Leben ist es jedoch, daß ein Mitglied des Landesausschusses eine Wahl, die ihn selbst betrifft, ganz allein prüft, und hierüber im Landtage referirt. Ich stelle also den Antrag, die Wahl der Landgemeinden des Bezirkes Adelsberg möge zur Wahrung des parlamentarischen Anstandes wieder dem Landesausschusse zur nochmaligen Prüfung zugewiesen und es soll dann in der nächsten Session darüber Bericht erstattet werden.

Landeshauptmann:

Wird der Antrag des Herrn Deschmann unterstützt? (Dovoljno podpiran. — Hinlänglich unterstützt.)

Wünscht noch jemand von den Herren das Wort? Wenn nicht, so hat der Herr Berichterstatter das letzte Wort.

Poročevalec dr. Costa:

Tukaj se vendar očitno kaže, da je to osebna stvar zoper mene.

Gospod Dežman je vže toliko časa v deželnem odboru in mu je gotovo dobro znano, da sem jaz še vselaj volitive pregledaval in potem v deželnem zboru o njih poročal, tako sem 1867. in 1870. leta, ko so bile nove volitive, enako storil. Čudno je tedaj, da se sedaj kaj takega najde. Jaz nimam nič zoper to, če se volitev zopet deželnemu odboru v pretres izročí.

Poslanec dr. Bleiweis:

V imenu deželnega odbora moram

Abgeordneter Deschmann (mu seže v besedo — unterbricht ihn):

Der Berichterstatter hat bereits gesprochen.

Abgeordneter Kromer:

Es ist erst die Unterstützungsfrage gestellt worden, daher ist die Debatte noch nicht abgeschlossen.

Poročevalec dr. Costa:

Jaz mislim, kedar poročevalec govori, je debate konec, in jaz bodem prosil, da se bo deželni glavar strogo držal opravnega reda. Da bi se po poročevalcu še zmeraj in zopet govorilo, to ne gré.

Abgeordneter Kromer:

Dann mag ich in einem Irrthume gewesen sein, denn ich glaubte, daß erst die Unterstützungsfrage gestellt wurde und der Herr Dr. Bleiweis das Wort hat.

Landeshauptmann:

Ich bitte über den Antrag des Herrn Abgeordneten Deschmann abzustimmen.

(Ne obveljá. — Abgelehnt.)

Jetzt werden wir über den Antrag des Landesausschusses abstimmen.

(Obveljá. — Angenommen.)

Gledé volitive gospoda Kozlerja in Luka Sveteca poprime besedo

Poslanec dr. Zarnik:

Slavni zbor! Pri tej volitvi imam opaziti, kako se je ravnal v Kočevji vladini komisar, in sicer zaradi vedenja v prihodnje. Jako žal mi je, da je gospod deželni predsednik ravno v tem trenutku odšel, jaz ne morem čakati, da se vrne, toraj sem primoran slavnemu deželnemu zboru naročiti sporočiti, kako se je obnašal pri tej volitvi vladini komisar gospod Fladung. Protivna stranka je pri veliki bitki 12. decembra vedela, da centrum vsega delovanja je še-le 15. decembra, ko voli veliko posestvo. Vedela je pa dobro, da se pri volitvah kmetiskih občin 12. decembra néma nadejati nobenega vspeha, toraj nij niti svojih vojščakov, svojih baterij in bajonetov postavila nasproti. Le v kočevski okraj si je izvolila, kjer je mislila si vsaj nekaj vspeha pridobiti, ter je tje poslala svoje tirailleurje za povzdigo poguma pri volitvi v Tržiču in v Novem mestu. Protivna stranka je prav imela, da se je poslužila vseh mogočih sredstev, da pride do zmage, ako je le v mejah postave ostala; ali da je vladini komisar tako postopal, da se je identificiral s protivno stranko, zoper to moram protestirati. Vladini komisar zakon nepoznavajoč, je s tem, da je tri volilce, ki še niso bili 30 let stari, odstranil, volitev skoraj do tistega pripeljal, da bi se bila meljala ožja volitev in lahko bi se bilo zgodilo, da bi bili poklicani drugi poslanci in imeli bi mi v sedanjem zboru bili dva glasa manj. To bi bil okrajni glavar napravil, ko ne bi bili naši volilci to paralizirali. Omenjam pri tej

priliki le volitve v Slov. Gradcu letošnjeg leta, kjer so protivniki odstraniti hoteli sedem naših volilcev, očitajoči jim, da še niso 30 let stari, ali vladini komisar, zakon poznavajoč je rekel, da imajo pravico voliti, in volili so. Jaz se jako čudim, da okrajni glavar ne poznáva zakona, ki pravi, da volilu nij treba, da bi bil star 30 let, temveč samo onemu, ki hoče biti za poslanca izvoljen, in obračam se vsled tega do gospoda deželnega predsednika, naj blagovoli poslati okrajnim glavarjem instrukcijo, da se z zakonom vsaj toliko vpoznajo in ga prečitajo, da ne bodo naših volilcev v prihodnjic na taj način maltretirali. Zmaga na naši strani bila je le po tej krivični poti mogoča, da so tudi naši volilci Kočevarje pregledali in res, našli so dva, ki nijsta bila stara 30 let, in tako so se moči paralizirale. Jaz mislim, da to bi bilo vendar od več, da bi pri volitvah morali volilci volilce pod nos gledati, če imajo brke in če so poraščeni, da bi po tej poti prišli do rezultata, do kterega smo prišli v Kočevji. Toraj bi jaz priporočal gospodu deželnemu predsedniku, da bi on svoje podčinjene organe dobro inštruiral, da bi zakon bolje preštudirali in da bi taki vladini komisarji nikdar več ne bili pripuščeni k volitvam, kakor g. Fladung. Na dalje moram omeniti, da je mogoče, da je pri Kočevarjih navada reči: „Salter's Maul“, ali „wer hat das Maul aufgemacht?“ Mogoče, da je gospod Fladung navajen tacih izrazev, kajti ko je gospod kaplan Babnik volilni komisiji rekel: „meine Herren, nur konsequent“, zarežal je gospod Fladung: „wer hat das Maul aufgemacht?“ Kočevarji so morda zadovoljni s tacimi izrazi, vsakdo ima svoj gusto, „de gustibus non disputandum“, ali mi Slovenci zoper to protestiramo ter bodemo vedno protestirali. Vladini komisarji morajo biti neutralni in na temelju zakona stoječi ter se morajo obnašati, kakor se spodobi izobrazenemu človeku. (Živa pohvala. — Lebhafter Beifall.)

Landespräsident :

Die vom Herrn Vorredner angeführten Thatsachen sind mir nicht bekannt geworden; ich kann mich daher über selbe nicht aussprechen. Für den Fall aber, daß ein Regierungskommissär bei der Wahl für die Wähler das Erforderniß eines Alters von 30 Jahren festgestellt hätte, werde ich ihn eines Bessern belehren. Im Uebrigen aber glaube ich, daß die Regierungskommissäre bei der Vor- nahme der letzten Landtagswahlen unparteiisch, streng nach dem Gesetze und mit Tact zu Werke gegangen sind. Indessen wird jede Unzukömmlichkeit dem Betreffenden gerügt werden, wenn eine solche eben vorgekommen sein sollte; denn ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß im öffentlichen Leben eine passende Haltung hier wie überall beobachtet würde. Es wird sich keiner mehr darüber freuen, als ich. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!)

Abgeordneter Deskmann :

Bei der Besprechung der Laibacher Wahlen hat der Herr Dr. Costa die Bemerkung gemacht, woher wir denn wissen könnten, zu welcher Partei der Eine oder der Andere gehöre, der noch nicht abgestimmt hat. Wie kann man sagen, ob der oder jener wäre im Falle der Abstimmung g. unserer Seite gewesen? Ich glaube, daß er auch in dem Falle die Consequenz beobachten müßte. Wie weiß er denn, wem die fraglichen Stimmen zugefallen wären? Dr. Zarnik sagte so eben: „Po krivični

poti je zmaga naša, auf unrechtem Wege sind wir zum Siege gelangt, nämlich dadurch, daß wir zwei wahlberechtigter Gottscheern das Wahlrecht genommen haben“. Bei dieser Wahl handelt es sich um 3 Stimmen, die ungeredter Weise entfallen sind. Das Stimmenverhältniß bei der Wahl war 42 : 40 und dieses ist maßgebend für das Ergebniß der Wahl. Schon aus diesem Umstande kann ich mich unmöglich dem Antrage, diese Wahl zu agnosirciren, anschließen, denn es treten alle Gründe ein, daß diese Wahl annullirt werde. Es handelt sich hier um 3 Stimmen, von welchen man nicht sagen kann, wem sie zugefallen wären; möglich der Gegenpartei, möglich auch unserer Partei, und in diesem letztern Falle wäre das Verhältniß 43 : 42. Würden wir diese Stimmen für unsere Candidaten reclamiren, so sind diese als gewählt zu betrachten. Ich bin überzeugt, wenn die Sachen anders ständen, und es wären Simon Pakiz und Josef Braune mit jener Stimmenanzahl gewählt worden, wie es bei Lukas Svetec und Peter Kozler der Fall war, so hätte die Majorität ganz anders argumentirt und aus dem inkorrekten Vorgange für sich Capital geschlagen, wie wir ja schon viele Beispiele haben. Sie hätte unsere beiden Abgeordneten aus dem Landtage hinausgejagt und die beiden, welche weniger Stimmen erhielten, wären eingetreten. Ich will ein solches Manöver nicht befürworten. Es sind 3 Stimmen in ganz ungesetzmäßiger Weise beseitiget worden, daher ich auf Grundlage dessen, daß es sich eben um diese 3 Stimmen handelt, die Annullirung der Wahl beantrage.

Abgeordneter Fromer :

Die in den Wahloperaten vorkommenden Gebrechen sind entweder wesentlich, oder minder wesentlich. — Gebrechen letzterer Art sind solche, welche auch bei deren festgestelltem Bestande auf das Ergebniß der Wahl und auf den Ausdruck des Gesamtwillens der Wähler keinen alterirenden Einfluß nehmen. Wesentliche Gebrechen aber sind solche, durch welche das Wahleresultat entweder zweifelhaft gestellt, oder alterirt wird, und vorliegend ist ein derartiger Fall allerdings vorhanden. Bei der Wahl der Gemeinden in Gottschee, Reifnitz und Groß-Lasie haben sich 82 Wähler betheiligt, von welchen 42, daher eine kaum absolute Majorität, die Herren Peter Kozler und Lukas Svetec gewählt haben; weitere 40 Wähler aber wählten die Herren Simon Pakiz und Lukas, richtiger Josef Braune. Die Differenz besteht also nur in 2 Stimmen. — Nun gesteht der Landesauschuß selbst, daß drei Wähler, die vollkommen wahlberechtigt waren, nicht wählen durften. Diese 3 Wähler sind in die Wählerliste aufgenommen, und mit Legitimations-Karten betheilt worden, sie sind auch im Wahllokale erschienen und haben dort ihren Willen erklärt, wählen zu wollen. Man hat sie jedoch nur unter dem Vorwande, daß sie noch nicht 30 Jahre alt sind, von der Wahl ausgeschlossen. Das aber ist ein ganz ungesetzlicher und nichtiger Grund. Wenn diese 3 Wähler gewählt hätten, so steht es sehr in Frage, ob sie sich zur Partei der Herren Kozler und Svetec, oder zu jener der Herren Pakiz und Braune geschlagen hätten. Eine amtliche, eine actenmäßige Auskunft liegt diesfalls nicht vor, und auf vage Behauptungen der einzelnen Herren Abgeordneten, sie mögen auch sehr verlässliche Männer sein, können wir nicht eingehen; wir können die Wahl nur nach den Wahloperaten prüfen. Dadurch, daß diese 3 Wahlmänner von der Wahl ausgeschlossen wurden, hat man sie eines der wichtigsten politischen Rechte beraubt, man hat ihnen die Ausübung

dieses Rechtes zu einer Zeit genommen, als sie eben in der Lage waren, die Waagschale für die eine oder andere Partei fallen oder steigen zu lassen. Es ist also thätlich der Fall eingetreten, daß eben dadurch, daß man diese 3 Wähler entfernt hat, der Gesamtausdruck, das Resultat der Wahl nicht zu Tage trat. Allein nicht lediglich diese 3 Wähler sind in der Ausübung ihres Wahlrechtes verkürzt, es sind auch die 3 Bezirke Gottschee, Reifnitz und Groß-Poschie in dem Rechte beirrt worden, den Ausdruck der Majorität der Wähler zur Geltung zu bringen, denn das Resultat, der Ausgang der Wahl ist derzeit unbekannt; daher ich glaube, daß diese Wahl jedenfalls annullirt werden müsse. Ich weiß wohl, daß letzterer Zeit mit Aufopferung der eigenen Ueberzeugung auch sehr viele politisch-klerikale Leithammel zur Wahlurne treten (Med poslušalci sikanje in klici: Oho! — Unter den Zuhörern Bischofen und Rufe: Dho!), ich weiß das ganz gut, allein man soll dieses Treiben wenigstens nicht gesetzlich sanctioniren. Wenn Sie, meine Herren! diese Wahl genehmigen, so werden Sie dadurch die Wähler wirklich nur zu willenlosen Leithammeln stampeln, welche je nach dem Willen der Majorität der Wahlkommission entweder herangezogen, oder entfernt werden können. Falls die Majorität der Wahlkommission ihre Candidaten jedenfalls durchbringen will, so wird sie aus nichtigen Gründen 3, 4, 10 Wähler der Gegenpartei entfernen können; und liegt dann nicht ausschließlich in ihren Händen das Wahleresultat? Im Falle Sie diese Wahl annehmen, werden Sie die Gesetzmäßigkeit der Wahlacte ganz eludiren, und sie zu einem Willküracte herabwürdigen. — Ich beantrage also die Annullirung der Wahl. (Sikanje med poslušalci. — Bischofen unter den Zuhörern.)

Landeshauptmann:

Wird der Antrag des Herrn Deschmann auf Annullirung der Wahl unterstützt?

(Se podpira. — Wird unterstützt.)

Wünscht noch jemand der Herren das Wort?

Berichterstatter Dr. Costa:

Ich bitte die Debatte für geschlossen zu erklären.

Landeshauptmann:

Die Debatte ist geschlossen.

Poročevalec dr. Costa:

Da je dogodek v Kočevji nepravilčen, to smo v sporočilu dežel. odbora sami izrekli. Gospod Kromer je omenil, da nekteri pregreški so bistveni, nekteri pa ne. Vprašam pa, ali ima ta dogodek vpliv na to, da je bila zmaga naša. Gospod Dežman je rekel, dr. Costa bo vendar dosleden ostal. V Ljubljani nismo vedeli, ktere ga bi bil tisti volil, ki ni bil k volitvi pripuščen, tedaj tudi ne vemo, ali bi bil volil gospoda Suppana in Kalteneggerja, ali pa gospoda Krišparja in Vilharja. Ta reč stoji tako, da, kakor mi v Ljubljani svoje ljudi poznamo in vemo, kteri so z nami, tako gotovo vedó tudi po deželi, kteri bo volil národno in kteri ne. Tako gotovo tudi vedó na Kočevskem, ktere bi bil volil ta ali uni volilec. Zarad tega tudi nimamo nobenega protesta iz Kočevja. Ta reč stoji tako: od teh 3 volilcev bi bil eden volil naša dva kandidata, dva pa nasprotnike; tistega, ki bi bil naša

dva volil, vam povem z imenom, ako ne verjamete, pojdité ga prašat, to je gospod kaplan Valentin Pečnik, in ta je bil odstranjen, ker še ni imel 30 let. (Große Heiterkeit auf der rechten Seite. — Veselost na desni strani.) Izid toraj bil bi ravno tisti, kot sedaj. Vsih volilcev bilo bi skupaj 85, naši bi bili imeli 42 glasov, ktere vže imajo, in glas gospoda Pečnika, nasprotna stranka pa 40 glasov in še dva od onih. Bilo bi tedaj 43 glasov zoper 42; ravno tako nadpolovična večina. To je gotovo, če bi to res ne bilo, bi vže danes protesta imeli. Ali ker vedó, da je vse eno, niso nobenega protesta naredili. Deželnemu zboru tedaj ni treba nove volitve razpisati in ljudi, ki imajo vže tako mnogo stroškov, po dvakrat k volitvi mučiti. To nemoremo odobriti, zato predlagam, da se ovrže Dežmanov predlog.

Landeshauptmann:

Ich bitte jene Herren, die mit dem Antrage des Herrn Deschmann, auf Annullirung der Wahl einverstanden sind, sich zu erheben.

(Predlog je padel. — Der Antrag ist gefallen.)

Nun bitte ich jene Herren, die mit dem Antrage des Landesausschusses einverstanden sind, sich zu erheben. (Obveljá. — Angenommen.)

Gledé volitve gospoda Franceta Kotnika poprime besedo

Abgeordneter Kromer:

Es ist mir aus frühern Jahren genau erinnerlich, daß die Wahl des Herrn Abgeordneten Mulej, welcher mit der Majorität von $\frac{2}{3}$ Stimmen als Landtagsabgeordneter gewählt wurde, lediglich aus dem Grunde annullirt worden ist, weil die Wählerlisten in Adelsberg und Oberlaibach nicht gleichförmig nach 2 oder 3 Classen zusammengestellt wurden. — Seither ist eine Aenderung der Wählerlisten nicht erfolgt. Der Herr Abgeordnete Kotnik ist auf ganz gleichen Grundlagen, wie früher Herr Mulej, gewählt worden. Ich glaube also, es wäre eine Anforderung der Consequenz, daß gegenwärtig diese Wahl ebenso und aus gleichen Gründen annullirt werde, wie früher die Wahl Mulej's. Ist aber eine Aenderung eingetreten, so möge mich der Herr Berichterstatter eines Anderen belehren. — Der von unserer Seite gewählte Abgeordnete ist aus dem eben angeführten Grunde in den Landtag nicht zugelassen worden, es ist daher selbstverständlich, daß man den Ausschließungsgrund aufrecht erhalten, und ihn consequent auch derzeit anwenden muß. — Ich beantrage daher die Annullirung dieser Wahl. (Smeh med poslušalci. — Gelächter unter den Zuhörern.)

Landeshauptmann:

Wird der Antrag des Herrn Kromer unterstützt?

(Se podpira. — Unterstützt.)

Wünscht noch jemand von den Herren das Wort?

Abgeordneter Deschmann:

Ich kann nur konstatiren, daß ich nach genommener Einsicht in die Wählerliste gefunden habe, daß sie in der nämlichen Art und Weise zusammengestellt ist, wie dies bei der Wahl des Herrn Mulej der Fall war. In dieser Beziehung wiederhole ich nur die Worte, die einer der Herren Abgeordneten im Jahre 1868 gesagt hat:

Pa tudi doslednost zahteva od deželnega zbora, da letos ne odločuje drugače, nego lani. Ako je lani za potrebno spoznal, volitev zavreči, ker ni bila po postavi, letos ne more drugače ravnati, ako noče, da bi mu gosp. Obreza po pravici očital, da mu je krivico storil.

Landeshauptmann:

Wenn niemand mehr das Wort wünscht, so hat der Herr Berichterstatter das letzte Wort.

Poročevalec dr. Costa:

Ravno to se je ugovarjalo vže lansko leto, ko smo imeli nove volitve. Vže tistokrat je bila razprava o tem obsirna, za to danes nočem dalje o tem govoriti, naj se berejo le stenografični zapisniki vplanskega leta in posebej moj dotični govor (str. 11 stenogr. obravnave od 1870. leta). In ker je bila volitev vlni potrjena, naj se tudi letos potrdi.

Landeshauptmann:

Wird der Antrag des Herrn Kromer angenommen? (Pade. — Gefallen.)

Wird der Antrag des Landesausschusses angenommen.

(Se odobri. — Angenommen.)

Gledé volitve gospoda Janeza Irkiča poroča

Poročevalec dr. Costa:

18. t. m. bil je izročén od deželnega predsedništva dežel. odboru zoper to volitev sledeči protest (bere — liešt):

Hohes k. k. Landespräsidium für Krain!

Vermöge §. 16 der Landtags-Wahlordnung für das Herzogthum Krain kann ein Wahlberechtigter, welcher Mitglied mehrerer Gemeinden ist, das Wahlrecht nur in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes ausüben. Nachdem aber bei der am 14. Dezember 1871 stattgefundenen Landtagswahl der Stadtgemeinde Idria die Wähler: Matthäus Smif, Matthäus Viter (und m. j. Sohn Johann), Anton Rogej, Johann Kollenc, Anton Kofel, Andreas Kobau und Jakob Podobnik, welche vermöge des heiliegenden Grundbuchsanzuges nicht zur Stadtgemeinde Idria gehören und somit auch ihren Wohnsitz dafelbst nicht haben, dieselben übrigens an der Wählerliste selbst als zu andern Gemeinden gehörig eingetragen sind, das Wahlrecht ausgeübt haben, während aus demselben Grunde dem Postmeister Leskovic die Wahl verweigert wurde, so erlauben sich die gefertigten Wähler hiegegen Protest zu erheben mit der Bitte, das hohe k. k. Landespräsidium wolle dahin wirken, daß die Stimmen der erwähnten sieben Wähler annullirt werden, und sonach der mit 37 Stimmen gewählte Notar Johann Terpin als Abgeordneter der Stadt Idria legitimirt werde.

Schließlich erlauben sich die Gefertigten noch auf den ganz inkorrekten Vorgang bei der Wahl selbst hinzuweisen; es wurde nämlich nicht, wie dies im §. 41 vorgeschrieben ist, die Wählerliste verlesen, sondern den anwesenden Wählern ohne Beobachtung irgend einer Reihenfolge die Legitimationskarten abgenommen, und sodann ohne auch nur einige Minuten abzuwarten, die

Wahl vom Bürgermeister als gewählten Vorsitzenden der Wahlkommission geschlossen und zwar nur aus dem Grunde, weil die Anhänger des Notars Johann Terpin mit Leichtigkeit noch 5 bis 8 Stimmen aufzubringen vermochten, während die Gegenpartei bereits alle ihre Stimmen vollständig erschöpft hatte. Eine frühere Reclamation war nicht möglich, weil die Legitimationskarten erst am Nachmittage vor der Wahl zugestellt wurden, und auch die Wählerliste erst am Tage vor der Wahl eingelangt ist.

Idria am 17. Dezember 1871.

Lipold m. p.	E. Kellner m. p.
(D. Name unleserlich.)	Engelhard m. p.
M. Grel m. p.	Bazula m. p.
Potiaraf m. p.	Onderko m. p.
Rudolf Gabrin m. p.	Mizste m. p.
Josef Bruß m. p.	Jakob Peen m. p.
Ludwig Lets m. p.	Eberling m. p.

Kar ta protest zadene, so navedeni v njem trije vzroki:

1. da 7 volilcev, ki so volili, nimajo volilne pravice v Idriji, ker nimajo tam stanovanja;
2. da se pri volitvi ni po §. 41 strogo držalo, da se volilci niso po imeniku brali, ampak so se poklicali le tisti, ki so bili pri volitvi ravno nazoči, in
3. da se je volitev sklenila pred časom, ter se ni čakalo, da bi bili prišli vsi volilci.

Prvič se sklicujejo na §. 16 volilnega reda, ki pravi: „Vsak volilec voli samo v enem volečem okraji in sicer praviloma samo osobno. Po izimku smejo volilci izmed velicega posestva tudi po svojih pooblaščenih voliti.“

Tak pooblaščenec mora imeti tudi sam pravico v tem volečem razdelku voliti in sme samo enega volilca nadomestovati.

Kdor ima pravico voliti za veliko posestvo, ne sme voliti v nobenem volečem okraji onih dveh volečih razdelkov, in kdor voli za mesta in trge, kateri so imenovani v §. 3., ne sme v nobeni kmečki občini voliti.“

Ali jaz moram obžalovati, da niso celi paragraf brali, ki v četrtem odstavku pravi: „Če je volilec za mesta in trge in kmečke občine domačinec dveh ali več občin, voli samo za tisto občino, v kateri navadno prebiva“. Tedaj je razvidno, da teh 7 volilcev, čeravno nimajo stanovanja v Idriji, imajo vendar le tam pravico voliti. V navedenem 16. §. volilnega reda je določeno rečeno, da, če ima kateri volilec pravico voliti v večih občinah ali mestih, potem določuje stanovanje. Ako pa ima kateri volilec pravico voliti v enem mestu in v eni kmečki občini, potem sme voliti edino le v mestu. Ker je tedaj ta protest v prvi točki popolnoma neopravičen, se zaradi prve točke volitev ne more ovreči. Drugič se ugovarja, da volilna komisija se ni ravnala po §. 41 volilnega reda, da je poklicala le tiste, ki so bili nazoči. Kar to zadene, je to naltolcevanje očitna laž, kajti zapisnik volilne komisije pravi tako: „Nachdem der Vorsitzende dem Paragraphe 39 der Landtags-Wahlordnung entsprochen, gegen die Wählerlisten im Grunde des §. 40 der Landtags-Wahlordnung Niemand eine Einsprache erhoben, der l. f. Wahl-Commissär zur Führung der einen Stimmliste Herrn Anton Zupanc, k. k. Bezirkskommissär, als Schriftführer beige stellt, die Führung der zweiten Stimmliste aber das Commissions-Mitglied Herr Forstmeister Engel-

hard und der Gegenliste das Commissions-Mitglied Herr Oberberggrath Markus Lipold übernommen hat, wurde nach Vorschrift der §§. 41, 42, 43 und 44 der Landtags-Wahlordnung zur Abstimmung respective zur Wahl des Landtagsabgeordneten geschritten, wobei nach Abgabe der Stimmen durch die Commissions-Mitglieder ein Commissions-Mitglied, und zwar Herr Cajetan Stranekky, die Wähler in der Reihenfolge der Wählerliste zur Stimmgebung aufrief.

To je tedaj laž, da se ni tako klicalo, kakor veli §. 41 volilnega reda. Kar pa je posebno čudno, je ta zapisnik podpisan ne le samo od okrajnega glavarja, gosp. Ogrinca, ampak tudi od gosp. Lipolda, ki je bil ud volilne komisije. Jaz se čudim tedaj, kako je mogoče s takim protestom nadlegovati deželni zbor.

Tretjič da je predsednik volilne komisije sklenil volitev, ko ni bilo nobenega volilca več. To je popolnoma postavno storil, kajti §. 47 volilnega reda pravi: „Kedar odglasujejo vsi pričujoči volilci, naj prvosednik volitvenega zaupstva izreče, da je glasovanja konec, potem naj dvojni glasovnik podpišejo volitveni zaupniki in volitveni komisar ter precej naj se začno glasovi preštovati“. Bilo bi tedaj popolnoma nepostavno, če bi bil predsednik še čakal, da bi se volilci lovili po mestu in prignali k volitvi. Tako se je tudi v Ljubljani godilo. Gospod Dežman je prašal, ali je še kak volilec tukaj, in ko se ni nikdo oglasil, je sklenil volitev. Lanski deželni zbor je grajal volitev v Trziču ravno zaradi tega, ker je volitvena komisija čakala, da so se volilci lovili po mestu, in je tako volitev dalje vlekla. Protest je tedaj tudi v tem obziru popolnoma neopravičen. Predlagam tedaj v imenu deželnega odbora, da slavni zbor preide čez ta protest na dnevni red in potrdi volitev v Idriji.

Abgeordneter Stattenegger:

Der Herr Berichterstatter hat in eingehender Weise versucht, die Gründe auseinander zu setzen, aus welchen dem gegen die Wahl in Idria erhobenen Protest keine Folge zu geben sei. Demungeachtet muß ich bemerken, daß es mir nicht klar ist, wie sich der hohe Landtag schon jetzt über die Gültigkeit oder Ungültigkeit dieser Wahl aussprechen könnte, und eine sorgfältige Prüfung der einzelnen beanstandeten Wahlstimmen ist um so entscheidender als das Stimmenverhältniß einen so geringen Unterschied zeigt, daß eine kleine Differenz das Wahlergebnis ganz anders zu gestalten geeignet ist. Diese Gründe des Protestes sind dreierlei: 1. sind 7 Wähler, obgleich auswärtigen Gemeinden zugehörig, zu den Wahlen in Idria zugelassen worden. Ich anerkenne zwar, daß wenn Jemand in einer Stadtgemeinde und zugleich in einer Landgemeinde wahlberechtigt ist, er sein Landtagswahlrecht nicht in den Landgemeinden, sondern in der Stadt zu üben habe. Allein wenn ich den Vorwurf richtig verstanden habe, so sind diese Wähler nicht in der Stadt, sondern in den Landgemeinden wahlberechtigt und ihre Zugehörigkeit eben zu den Landgemeinden in der Wählerliste der Stadt Idria ausdrücklich bemerkt.

Ist dem wirklich so, der Herr Berichterstatter wird die Güte haben dies aufzuklären, so ist die Wahlberechtigung dieser Männer nicht vorhanden, — zum Mindesten aber einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Der zweite Anstand ist, daß beim Wähleraufrufe nicht nach der Landtags-Wahlordnung vorgegangen wurde. Aus dem Protokolle der Wahl-Commission erhiebt

man zwar, daß ein Aufruf der Wähler zur Stimmabgabe Statt fand; allein der Wortlaut des Wahlprotokolles ist nicht über alle Zweifel erhaben, ob nämlich die Wähler Mann für Mann, wie sie in der Wählerliste eingetragen — gleichviel ob anwesend im Wahllokale oder nicht — aufgerufen wurden, oder aber ob nur die Anwesenden der Reihenfolge nach und die andern nicht aufgerufen wurden. Dieser letztere Fall ist schon darum der wahrscheinlichere, weil zwei Mitglieder der Wahl-Commission, indem sie den Protest unterschrieben haben, constatirten, daß der besagte Mangel, nämlich die Vorlesung nicht aller Wähler, vorgefallen sei. Bei solch begründetem Zweifel muß der richtige Vorgang erhoben und festgestellt werden, ehe der h. Landtag die Wahl agnosciert.

Drittens wird die vorschnelle Abfözung der Wahl beanstandet. Es ist bekannt, daß eine überstürzte Beschleunigung des Abschlusses ein wirksames Mittel in der Hand der Wahl-Commission ist, um ein Resultat, welches in einem Augenblicke gewonnen ist, vollkommen festzustellen, um dadurch der andern Partei die Möglichkeit abzuschneiden, für das Wahlergebnis ihre Stimmen in die Waagschale zu werfen. Obgleich das Gesetz keinen fixen Abschluß-Termin aufstellt, ist doch auch dieser Punkt in Verbindung mit den zwei andern der Erhebung werth, um der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich kann aber die Bemerkung nicht unterlassen, daß zwischen dem Vorgange der Wahlen in Laibach und denen in Idria wohl kein naheliegender Vergleich aufgestellt werden könne. Wer von den Herren bei der Laibacher Wahl gegenwärtig war und weiß, wie lange bis spät in den Nachmittag sie gedauert hat, kann wohl von keiner Ueberstürzung ihres Abschlusses reden, während man aber in Idria, kaum daß alle Anwesenden aufgerufen wurden, alsogleich die Wahl schloß und keinen Wähler mehr zuließ, der nicht vom Anfange da gewesen. Ein Vergleich zwischen den beiden Wahlen ist also ganz unrichtig.

Noch einen Umstand aber, der aus dem Wahlprotokolle hervorgeht, muß ich bemerken, sei er zunächst auch mit einer reinen Rechtsfrage zu lösen. Es ist nämlich die Frage, ob irgend ein Wahlberechtigter außer der Curie der Großgrundbesitzer sich durch Bevollmächtigte an den Landtagswahlen betheiligen könne? Diese Frage ist für das Idrianer Wahlergebnis entscheidend, wenn nämlich die Herren die Abstimmungslisten durchsehen, so werden Sie finden, daß 12 Wähler theils durch ihre Vormünder, meist aber durch Bevollmächtigte ihre Stimmen abgegeben haben. Es ist bekannt, daß diese Abstimmungen wohl bei den Wahlen für die Gemeindevertretung zulässig sind, allein nimmermehr für die Landtagswahlen, die einzig vollkommen berechnete Ausnahme von der persönlichen Betheiligung am Wahllacte ist dem Großgrundbesitzer gewährt. Es sind somit 12 Stimmen abgegeben worden, deren Gültigkeit nach dem Gesetze nicht haltbar erscheint, während, wie schon erwähnt, das Wahlergebnis auf einer Differenz beruht von nur 4 Stimmen. Da alle diese Umstände das Wahlergebnis wesentlich beeinflussen, so beantrage ich, es sei dieser Wahllact zu einer genauen Ueberprüfung dem Landesauschusse zuzuweisen, der darüber im nächsten Landtage Bericht erstatten soll.

Landeshauptmann:

Wird der soeben vernommene Antrag unterstützt? (Dovoljno podpiran. — Hingänglich unterstützt.)

Wünscht noch jemand der Herren das Wort?
(Niče se ne oglasi. — Niemand meldet sich.)
Die Debatte ist geschlossen.

Poročevalec dr. Costa:

Meni se zdí, potem, kar sem pred rekel, stoji vprašanje popolnoma jasno pred očmi vsacega poslanca, in vsakemu je lahko izreči, ali priznava to volitev za veljavno ali ne. Prvič imam omeniti, da je ta protest zoper volilno pravico 7 volilcev sploh, in se opira na §. 16 volilnega reda, kateri pa tukaj, kakor sem vže popred omenil, nič ne dokaže. Ta protest nič posebnega ne omeni, on le pravi, da je 7 volilcev volilo, kateri niso imeli v Idriji volilne pravice. To je edina podlaga temu protestu, tedaj le za to protestujejo zoper to volitev, ker je teh 7 volilcev v Idriji volilo, a nikakor pa ne povedó, ali imajo ti volilci tudi v drugi občini pravico voliti ali ne. To je jasno, kajti protest sam pravi, da ima teh 7 volilcev v Idriji volilno pravico, o tem ni nobene dvombe in ti glasovi so toliko časa opravičeni, dokler se ne dokaže, da so volilci kje drugod svoje glasove oddali. Kdor se sklada z menoj, ta vže lahko danes izreče, ali imajo ti volilci pravico v Idriji voliti, ali ne. Kar drugo zadene je to, ali se je imenik bral ali ne. O tem ni nobene dvombe, kajti v zapisniku stoji, da ko so vsi nazoči volilci svoje glasove oddali, je predsednik volilne komisije glasovanje sklenil. V tej zadevi se ne moremo na drugo sklicavati, nego na zapisnik. V tem zapisniku najdem tudi iména Lipold in Engelhard, ki sta tudi v protestu. Kako je tedaj mogoče, da dva uda volilne komisije v svojem protestu oporekata temu, kar sta v zapisniku potrdila. Važno vprašanje pa je, kterege stavi gospod Kaltenegger, ali imajo na Kranjskem tudi pooblaščenci pravico voliti. O tem leži v stenografičnih zapisnikih od l. 1867. tak materijal, o tem smo vže toliko govorili, da bi bilo odveč, o tem še kaj govoriti. Gledé volitve po pooblaščencih moram omeniti, da imajo na podlagi §. 4 obč. volitvenega reda jerofi in oskrbniki pravico voliti s pooblastnico. Alj ta paragraf ne določi natanjko, kdaj se ima s pooblastnico voliti in deželni odbor je pri prearedbi volilnega reda rekel, naj se vstavi poseben paragraf, ki bo o tej zadevi natanjko določil. Če bi mi to preiskavali, imeli bi dolge razprave, sklep pa bi bil tisti. — Vlansko leto so prišle ženske v Idriji osebno volit, pa jih niso pustili k volitvi. Tedaj je jasno, da so morali letos le voliti po pooblaščencih. Jaz tedaj nasvetujem, da se potrdi predlog deželnega odbora in da se preide na dnevni red.

Landeshauptmann:

Es liegen hier drei Anträge vor; wir werden der Reihe nach darüber abstimmen.

1. Antrag des Herrn Dr. Kaltenegger auf nochmalige Prüfung der Wahl und Berichterstattung in der nächsten Session.

(Predlog pade. — Der Antrag ist gefallen.)

2. Antrag des Herrn Berichtstatters auf Uebergang zur Tagesordnung.

(Sprejet. — Angenommen.)

3. Antrag des Landesausschusses.

(Sprejet. — Angenommen.)

III. Predlog deželnega odbora o dovoljenji stanovnine za 7 novih žendarmerskih štacij.

(Priloga 6.)

Antrag des Landesausschusses um Bewilligung der Miethzinse für 7 neue Gendarmereiposten.
(Beilage 6.)

Poročevalec Murnik

(bere prilogo 6. — Liest die Beilage 6.)

Landeshauptmann:

Wünscht jemand das Wort? Wenn nicht, so bringe ich den Antrag des Landesausschusses zur Abstimmung, der so lautet:

„Slavni deželni zbor naj sklene:

V proračunu za deželni zaklad v vojvodstvu Kranjskem za l. 1872. se pod naslovom — „stroški za občno varnost a) stanovitne žendarmereje“ razun vže odobrenih 6760 gld. še dovoli stanovnine 815 gld. za 7 novih žendarmerskih štacij“.

(Sprejeto. — Angenommen.)

IV. Volitev deželnega odbora.

Wahl des Landesausschusses.

Poslanec dr. Razlag:

Jaz imam na vprašanja, če prevzamem eno ali drugo volitev, naznaniti, da ne kandidiram ne za deželno odborništvo ne za poslanstvo. Jaz obračam o tej zadevi pozornost gospodov poslancev na gospoda dr. Zarnika in naj bi tisti gospodje poslanci, kateri so morebiti meni namenili glasove, blagovolili oddati te gospodu dr. Zarniku. Jaz sem vže pred 3 tedni na pravem mestu ustmeno, kakor tudi pismeno naznanil, da ne kandidiram niti za deželno odborništvo, niti za državno poslanstvo.

Landeshauptmann

verliest die §§. 12 und 13 der Landtags-Wahlordnung in deutscher und slovenischer Sprache und nimmt die Wahlen in nachstehender Weise vor:

Deželni glavar

bere §§. 12 in 13 dežel. volilnega reda v nemškem in slovenskem jeziku, ter pričné volitve po sledečem redu:

Izmed velicega posestva je od 10 glasov dobil:
Aus dem Großgrundbesitze erhielt von 10 Stimmen:

gospod Dežman 9 glasov in
„ France Rudež 1 glas.

Za namestnika je bil voljen:

Als Ersatzmann wurde gewählt:

gospod France Rudež z 9 glasovi,
„ grof Blagaj z 1 glasom.

Iz kurije mest, trgov in kupčijske zbornice je dobil od 10 glasov:

Aus der Curie der Städte, Märkte und Handelskammer erhielt von 10 Stimmen:

gospod Murnik 6,
" dr. Razlag 3,
" dr. Poklukar 1.

Za namestnika je bil izvoljen:

Als Ersatzmann wurde gewählt:

gospod dr. Poklukar s 6 glasovi,
" dr. Razlag s 3 glasovi,
" Karol Rudež z 1 glasom.

Iz kurije kmečkih občin je dobil od 16 glasov: Aus der Curie der Landgemeinden erhielt von 16 Stimmen:

gospod dr. Bleiweis 14,
" dr. Poklukar 1,
" Horak 1.

Za namestnika je bil izvoljen:

Als Ersatzmann wurde gewählt:

gospod kanonik Kramar s 13 glasovi,
" dr. Costa z 2 glasovi,
" Karol Rudež z 1 glasom,
" Peter Kozler z 1 glasom.

Iz cele zbornice bil je voljen:

Vom ganzen Hause wurde gewählt:

gospod dr. Costa z 20 glasovi,
" dr. Razlag s 13 "
" dr. Zarnik z 2 "
" Peter Kozler z 1 glasom.

Za namestnika:

Als Ersatzmann:

gospod Peter Kozler s 23 glasovi,
" dr. Razlag z 11 glasovi,
" Irkič z 1 glasom,
" Horak z 1 glasom.

V. Poročilo posebnega odseka o dopisu gospoda c. k. deželnega predsednika, zarad volitve poslancev v državni zbor. Volitev v državni zbor.

Bericht des Sonderausschusses über das Schreiben des k. k. Herrn Landespräsidenten, wegen Bornahme der Reichsrathswahlen. Wahl in den Reichsrath.

Poročevalec dr. Poklukar

bere: — liest:

Odbor za pretresovanje pisma slavne c. k. dež. vlade o volitvi v državni zbor — izvoljeni v seji 19. t. m. stavlja sledeči predlog:

Slavni deželni zbor naj sklene:

Deželni zbor kranjski — deržeč se pravnega stališča, ki ga je izrazil v svojih najponižnejših adresah od 30. avgusta 1870 in od 14. oktobra 1871, in

III. seja. 1871.

ktere je sijajno potrdila kranjska dežela v soglasni zadnji volitvi — sklene: deželni zbor voli poslance v državni zbor.

V Ljubljani, 21. grudna 1871.

Dr. Jan. Bleiweis m. p.
prvomestnik.

Dr. Jos. Poklukar m. p.
poročevalec.

Landeshauptmann:

Wünscht jemand das Wort?

Abgeordneter Dr. Kalfenegger:

Da der Antrag des Sonderausschusses so unvermuthet gekommen ist, so ist es nothwendig, daß sich das Haus informire und ich beantrage die Unterbrechung der Sitzung.

(Seja preneha za 10 minut. — Die Sitzung wird auf 10 Minuten unterbrochen.)

(Ko se seja zopet prične. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung.)

Landeshauptmann:

Wünscht jemand das Wort?

Abgeordneter Baron Apfaltrern (bere — liest):

Gegen die so eben beschlossene Verklaffung der Reichsrathswahlen des h. Landtages von Krain gebe ich in Uebereinstimmung mit meinen Gefinnungsgeoffnen der Minorität des h. Hauses den Protest zu Protokoll mit der Erklärung, daß solcher Beschluß vermöge unserer Staatsverfassung, insbesondere kraft der §§. 7 und 16 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die Reichsvertretung, so wie des §. 16 der Landesordnung vom 26. Februar 1861 für Krain und des Anhanges zu derselben, ein ungiltiger, unwirksamer, in keinerlei Weise bindender sei.

Ebenso erkläre ich also im Hinblick besonders noch auf den conformen Reichsrathsbeschluß vom 30. März 1871 die bedingungslose Wahl in den Reichsrath als ein verfassungsmäßiges und angelobtes obligatorisches Recht jedes Abgeordneten, das als solches durch keinen Beschluß des h. Landtages eingeschränkt oder gedeutet werden könne oder dürfe, — und ich erkläre also schließlich daß die Wahl in den Reichsrath, zu der wir schreiten, keine andere ist und sein kann, als welche, — wie — und wozu sie durch obige Verfassungsgesetze bestimmt und angeordnet ist.

Ich ersuche das hohe Landtagspräsidium die so eben abgegebene Protesterklärung im vollen Wortlaute zu Protokoll nehmen zu lassen.

Landespräsident:

Im Namen der Regierung muß ich erklären, daß diese jede wie immer geartete Verklaffung der Wahlen als vollkommen unstatthast ansieht.

Landeshauptmann:

Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das letzte Wort.

Poročevalec dr. Poklukar:

Nimam nič več dostaviti.

Landeshauptmann:

Wird der Antrag des Sonderausschusses angenommen?

(Sprejet. — Angenommen.)

Nun, meine Herren, schreiten wir zur Wahl und ich erlaube mir die bezüglichlichen Paragraphe vorzulesen (bere — liest), und erlaube die Herren Kosler, Dr. Poklukar und Franz Rudešch das Skrutinium vorzunehmen.

Izmed velicega posestva je bil voljen za poslanca: Aus dem Großgrundbesitze wurde gewählt:

grof Thurn s 33 glasovi,
grof Margheri je dobil 2 glasú.

Abgeordneter Graf Thurn:

Ich betrachte die auf mich gefallene Wahl als eine in den verfassungsmäßigen Reichsrath und nehme sie als solche an.

Iz kurije mest, trgov in kupčijske zbornice sta voljena:

Aus der Curie der Städte, Märkte und Handelskammer wurden gewählt:

gospod Karol Rudež s 23 glasovi,
„ Leop. Jugovic s 23 „
„ Dr. Suppan je dobil 11 glasov,
„ Dr. Kaltenegger je dobil 11 glasov,
„ Dr. Costa je dobil 1 glas,
„ Horak je dobil 1 glas.

Abgeordneter Baron Pfaffkern:

Nachdem meine Gesinnungsgenossen und ich unter den Vertretern der Landgemeinden keinen zu finden wissen, von welchem man voraussetzen könnte, daß er den verfassungsmäßigen Weg gehen werde, so erklären wir, ich und meine Gesinnungsgenossen nämlich, daß wir uns an diesem Wahlacte nicht theilhaben werden.

Iz kurije kmečkih občin so bili voljeni:

Aus der Curie der Landgemeinden wurden gewählt:

dr. Zarnik s 23 glasovi,
grof Barbo z 22 „
dr. Poklukar z 21 „
baron Rastern je dobil 1 glas,
Peter Kozler „ „ 1 „
Kotnik „ „ 1 „

Landeshauptmann:

Uebernehmen die gewählten Herren die Wahl?

Poslanec Karol Rudež:

Prevzamem volitev!

Poslanec Leopold Jugovic:

Jaz tudi!

Poslanec dr. Zarnik:

Jaz prevzamem mandat samo na temelju onih dveh adres, ktere je zbor sklenil, in porabil ga bodem samo takrat, kedar bodo to zahtevali interesi slovenskega naroda (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!), kedar se bo postopalo solidarno in vzajemno sè slovanskimi federalisti. (Klici: Dobro! — Rufe: Bravo!)

Poslanec dr. Poklukar:

Tudi jaz se podvržem volitvi na podlagi teh dveh adres, in delal bodem na korist slovenskega naroda.

Poslanec grof Barbo:

Tudi jaz prevzamem volitev na istem temelju.

Poslanec dr. Zarnik:

Slavna gospôda! Konstatiram, da se je manjina dež. zbora danes, akoravno je dež. zbor sklenil v državni zbor na temelju adres 1870. in 1871. leta voliti, vendar le vdeležila volitev v državni zbor in da je v obče danes tudi po tem sklepu našega dež. zbora v vseh zadevah brez vsega ugovora z nami sodelovala. Konstatiram na dalje, da je manjina dež. zbora s svojo deklaracijo v zadnjem zasedanji našega dež. zbora izjavila, da ne more v naš zbor vstopiti in z nami sodelovati, ker smo zavoljo adrese od 1870. leta ilegalni, nepripoznavajoči decemberske ustave. Konstatiram torej tû to čudno nedoslednost te manjine, da ji je taisti dež. zbor, zmerom na taistem nepremakljivem temelju stoječ, enkrat legalen in enkrat ilegalen, kakor ji ravno v glavo pade. Konstatiram torej konečno, da je Hohenwartova vlada popolnoma prav imela, ko je izjavila v tem dež. zboru po sedaj nazočem dež. predsedniku, da se je manjina od poprejšnega zasedanja tega zbora „unter den nichtswürdigsten Gründen“ odstranila.

Zahtevam, da se to, moje konstatiranje v zapisnik dene!

Landespräsident:

In Folge Allerhöchsten Befehles erlaube ich den Herrn Landeshauptmann den Landtag des Herzogthumes Krain zu schließen.

Landeshauptmann:

Wir haben die Tagesordnung erschöpft, das Materiale, das wir zur Bearbeitung hatten, erlediget, mithin endet jetzt unsere Thätigkeit. Die Session war zwar kurz, doch kann ein jeder mit der Befriedigung nach Hause gehen, daß er seine Pflicht erfüllt habe. Dem Herrn Regierungsvertreter danke ich für seine bereitwillige Unterstützung und mit demselben Rufe, mit dem ich den Landtag eröffnet habe, schließe ich ihn auch:

Bog živi našega presvitlega cesarja Franca Jožefa!
(Ves zbor vsklikne živahno trikrat: Slava! Živijo!)

Der Landtag des Herzogthumes Krain ist geschlossen.

Seja se konča ob 2. uri 30. minutah. — Schluß der Sitzung 2 Uhr 30 Minuten.

